

Rede in Oerlenbach am 20. Mai 2008, Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum
Matthias Chardon, Centrum für angewandte Politikforschung München

Die EU nach dem Vertrag von Lissabon Strategische Herausforderungen jenseits von Verfassungsdebatten

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, heute im Rahmen der Oerlenbacher Gespräche zu Ihnen sprechen zu dürfen! Insbesondere bedanke ich mich bei Herrn Polizeidirektor Lehmann für die freundliche Einladung und ihm sowie der Gemeinde Oerlenbach und ihrem Bürgermeister Herrn Siegfried Erhard für die Organisation dieser Veranstaltung.

Meist ist es ja so, dass es eine ganze Menge helfender Hände im Hintergrund gibt, die so einen Abend erst möglich machen, die aber auch oft unentdeckt bleiben oder gar bleiben wollen. Auch bei denen bedanke ich mich – und hier stellvertretend bei Herrn Schaffrath – sehr, zumal ich hier so freundlich aufgenommen wurde.

Ich hoffe, Ihren Erwartungen gerecht werden zu können. Wann hat man schon einmal die Gelegenheit, in der Nachfolge des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts sprechen zu können? Wir von der wissenschaftlichen Zunft sind es ja nicht immer gewohnt, im Rampenlicht zu stehen und Vorträge zu halten, die einen klaren politischen Praxisbezug aufweisen.

Ich kann für mich nur anführen, dass ich an einem Centrum für *angewandte* Politikforschung arbeite und daher per se den Anspruch habe, auch in die Praxis zu wirken. Wir entwickeln in meiner Forschungsgruppe Europa Ideen, die nach außen wirken sollen. Wir sind sozusagen wohlwollende Beobachter und Analytiker der europäischen Integration und sind zutiefst davon überzeugt, dass das große europäische Friedens- und Wohlstandsprojekt weiterhin Bestand haben und ausgebaut werden muss. Lassen Sie mich deshalb heute einen Vortrag halten, der über die abwägende Arbeit eines Politikwissenschaftlers hinausgeht und lassen Sie mich einige Vorschläge und Ansichten vorstellen, die politikberatend und pro-europäisch gemeint sind. Ich freue mich dann darauf, im Anschluss mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.

Vorbemerkung

Europa erlebte viel zu lange eine Zeit der Kriege und des Tötens. Diese Zeit ist hoffentlich für immer vorbei. Wir haben es durch die Europäische Union nicht nur geschafft, uns mit den alten so genannten Erbfeinden auszusöhnen. Wir haben es nach dem Ende des Kalten Krieges auch geschafft, dieses einzigartige Erfolgsmodell der Integration in den Osten des Kontinents zu exportieren und Staaten in die Union aufzunehmen, von denen wir noch kurz zuvor durch Stacheldraht, ideologische Mauern und starrende Waffenarsenale getrennt waren.

Bei aller berechtigter Kritik, auf die ich auch noch eingehen werde, bleibt doch eines wahr: Erst durch die Europäische Union konnten wir auf dem Kontinent Frieden und Wohlstand schaffen und sichern. Das umreißt auch die Verantwortung, die wir gegenüber künftigen Generationen, aber auch gegenüber den Menschen haben, die nicht die Früchte des politischen und wirtschaftlichen Zusammenwachsens genießen können.

Diese Vorbemerkungen, meine Damen und Herren, habe ich mir erlaubt, weil mir manchmal scheint, dass im politischen, aber auch im persönlichen Alltag diese unglaubliche und

einzigartige Erfolgsgeschichte vergessen wird. In Diskussionen wird einem dann gerne entgegengehalten, das alles sei doch selbstverständlich, niemand wolle in die alten Zeiten zurück, die Verdienste der europäischen Einigung um den Frieden müsse man doch nicht extra betonen. Nein, sage ich, wir müssen das immer wieder betonen, *denn es ist eben nicht selbstverständlich*. Schauen Sie in die Welt und sagen Sie mir, wo Sie eine ähnlich gelagerte Erfolgsgeschichte erkennen können. Schauen Sie in die Geschichte und nennen Sie mir eine ähnlich lange Phase des Friedens für den Großteil des Kontinents. Ich fürchte, das dürfte schwierig werden!

Inhalt des Vortrags

Aber lassen Sie uns nun zum eigentlichen Thema meiner Ausführungen kommen. Der Titel meines Vortrags sagt ja bereits etwas darüber aus, was ich Ihnen heute vermitteln und worüber ich gerne mit Ihnen ins Gespräch kommen möchte. „Die EU nach dem Vertrag von Lissabon. Strategische Herausforderungen jenseits von Verfassungsdebatten“.

Da hätten wir zum ersten den Vertrag von Lissabon. Er löst den Vertrag von Nizza ab und gibt der Europäischen Union ein neues grundlegendes Fundament für Wirken und Handeln der Union der 27 Mitgliedstaaten. Zu diesem Vertrag und zu seiner Entstehung wäre einiges zu sagen. Das will ich gerne tun.

Zum zweiten geht es um strategische Herausforderungen. Diese lassen sich in interne und externe Herausforderungen unterteilen. Eine der wichtigsten internen Herausforderungen ist es, wie wir die Bürgerinnen und Bürger an Europa heranführen und sie für dieses Projekt interessieren können. Außerdem brauchen wir eine Antwort auf die Frage, wie wir mit der zunehmend größer werdenden Heterogenität umgehen, die es innerhalb der EU gibt. Schließlich geht es um die Frage, ob und gegebenenfalls wie wir uns als Europäische Union weiteren Beitrittswünschen gegenüber verhalten.

Externe Herausforderungen lassen sich unter anderem umreißen mit Schlagworten wie Globalisierung, der Aufstieg Chinas, die Verteuerung der Energie und die Notwendigkeit des Klimaschutzes. Anders gewendet: Ich will Ihnen verdeutlichen, dass meines Erachtens für sehr viele Probleme nur die europäische Antwort die richtige Antwort sein kann. Wo ich Herausforderungen sehe und wie die EU darauf reagieren kann – auch das soll Thema des Vortrags sein.

Das dritte Element, das im Titel des Vortrags zu finden ist, lautet „jenseits von Verfassungsdebatten“. Ich behaupte, die Zeit der Beschäftigung mit sich selbst ist für die EU vorerst vorüber. Europa bietet so viele ungenutzte Potenziale, und die Probleme, denen sich die EU stellen muss, sind so gewaltig, dass es verhängnisvoll wäre, die EU würde sich erneut damit beschäftigen, wie sie sich selbst organisieren will. Niemand auf der Welt wartet darauf, dass Europa sich selbst endgültig definiert hat. Wir müssen die Herausforderungen annehmen, die uns gestellt werden und dazu die Möglichkeiten nutzen, die uns der neue Vertrag bietet.

Lassen Sie mich im Folgenden also zu diesen zwei Punkten Ausführungen machen: erstens wo stehen wir jetzt und zweitens was kommt auf uns zu und wie gehen wir damit um.

Erster Teil: Wo stehen wir?

Die europäische Integration ist schon seit langer Zeit von zwei unterschiedlichen Haltungen gegenüber der Frage gekennzeichnet, wie viel Integration und Zusammenwachsen Europa

erleben soll. Da sind auf der einen Seite diejenigen, die eine immer engere Kooperation anstreben und dafür auch bereit sind, mehr und mehr nationale Rechte und damit Souveränität an die EU abzugeben. Manche von ihnen sähen am liebsten die „Vereinigten Staaten von Europa“ verwirklicht. Das Ziel wäre dann auf lange Sicht ein europäischer Staat, der – ähnlich wie die Bundesrepublik Deutschland – aus seinen Ländern als konstitutiven Einheiten besteht. Für diese Gruppe steht fest, dass es eine immer enger zusammenwachsende Union geben muss, die die richtigen Antworten auf die Fragen unserer Zeit bietet. Das schließt mit ein, dass die europäischen Institutionen wie die Kommission und das Europäische Parlament immer mehr Kompetenzen erhalten.

Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die in der Europäischen Union hauptsächlich eine Garantin für das Funktionieren des Binnenmarktes sehen, die also die wirtschaftliche Seite betonen und die außerdem die *Zusammenarbeit* der einzelnen *Mitgliedstaaten* in den Mittelpunkt stellen. Für diese Gruppe ist es nur schwer bzw. gar nicht vorstellbar, dass die historisch gewachsenen Nationalstaaten an Einfluss und Macht verlieren und dafür die Europäische Union immer mächtiger wird.

In der politischen Realität verwischen beide Sichtweisen natürlich ein wenig, doch wir alle wissen, dass Großbritannien und Polen traditionell eine skeptischere Sicht der Dinge einnehmen, wenn es um mehr Kompetenzen für die EU geht, als etwa Deutschland oder Belgien.

Diese Grundkonfiguration der europäischen Einigung müssen wir stets im Blick haben, wenn wir beurteilen wollen, wie die Dinge zustande kamen. Das gilt auch für den Vertrag von Lissabon.

Ein zweites kommt hinzu. Nachdem die Europäische Union in den letzten Jahren und mit den Vertragsrevisionen von Maastricht, Amsterdam, Nizza und nun Lissabon stets in mehr Politikfeldern Kompetenzen erhielt, erhöhte sich auch der Ausstoß an Regeln und Gesetzen auf europäischer Ebene, die einen unmittelbaren Bezug zum einzelnen Bürger haben. Denken Sie nur an den Euro, an die wegfallenden Grenzkontrollen durch Schengen oder an andere Regelungen, die den einzelnen unmittelbar betreffen. Gerade im ländlichen Raum wird vielen die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie etwas sagen, ganz zu schweigen von den Verordnungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik. Im Verbraucherschutz kann die Frage der Normierung von Produkten angesprochen werden samt Sicherheitsbestimmungen. So liefen erst kürzlich die Genehmigungen für bestimmte Kindersitze in KFZ aus, weil sie den neuen Sicherheitsbestimmungen nicht mehr genügen.

Diese unmittelbare Betroffenheit löst – das ist ja nicht verwunderlich – auch ein größeres Interesse aus. Zumindest erhöht es die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger, dass von Brüssel mehr reguliert, entschieden und normiert wird als der mittlerweile sprichwörtlich gewordene Traktorensitz. Gleichzeitig aber gilt das, was in Brüssel entschieden wird, als intransparent, als nicht nachvollziehbar. Damit wächst Misstrauen.

Und drittens: Mit fortschreitender Globalisierung stellen sich für jeden von uns neue Herausforderungen, zum Beispiel hinsichtlich eigener Flexibilität und Mobilität im Berufsleben. Phänomene wie Betriebsverlagerungen, Übernahmen etc. nehmen zu. Frühere Gewissheiten sind verschwunden. Die Entgrenzung des Erwartbaren für jeden Einzelnen ist beunruhigend, macht vielleicht auch ängstlich. Nicht selten wird dieser von vielen als unangenehm empfundene Zustand auch der Europäischen Union und ihrem Binnenmarkt zugerechnet.

Wenn die Europäische Kommission dann Projekte wie die Dienstleistungsrichtlinie auf den Weg bringt, erhöht sich zusätzlich die Furcht davor, nicht nur ein Opfer der Globalisierung, sondern auch der europäischen Integration geworden zu sein. Da heißt es dann schnell, die EU sei ein neo-liberales Elitenprojekt, das dem normalen Bürger das Leben eher erschwert, als es zu erleichtern. Und tatsächlich muss sich ja auch die Kommission überlegen, wie sie bestimmte Projekte, die sie für notwendig erachtet, den Bürgerinnen und Bürgern vermittelt. Die Dienstleistungsrichtlinie ist dafür ein gutes Beispiel. Sie mochte zwar in der Logik der Liberalisierung im Verlauf des Binnenmarkts stehen, doch die Angst der Arbeitnehmer vor Verlust ihres Arbeitsplatzes war zu groß. Da war es dann irgendwann auch gar nicht mehr so entscheidend, was genau in der Richtlinie stand und ob Deutschland tatsächlich von Dienstleistungsanbietern aus anderen EU-Staaten dominiert worden wäre und welche Regeln im Einzelnen gegolten hätten.

Sie sehen, die EU hatte und hat mit unterschiedlichen Erwartungen an ihre eigene Entwicklung zu kämpfen. Je mehr Mitglieder die EU hat, umso schwieriger wird es, zum Konsens zu kommen. Sie hat mehr Einfluss auf den einzelnen und gleichzeitig das Problem, ihre Politik angemessen zu vermitteln. Und sie muss sich zunehmend mit Anfeindungen auseinandersetzen, eher eine Politik *gegen* den „Normalbürger“ zu machen als *für* ihn.

Zur gescheiterten europäischen Verfassung

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass ein Projekt wie die Verfassung für Europa scheitern musste. Auch wenn sich viele das anders wünschten, muss konstatiert werden, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht so weit waren, eine Verfassung zu akzeptieren, die diesem Integrationsprojekt eine völlig neue, tief gehende Grundlage gegeben hätte. Vielleicht war die Verfassung insofern ein Schritt, der zu früh erfolgte und der zu weit ausholte. Die EU muss sich ihre Legitimation erst verdienen, bevor daran gedacht werden kann, einen solchen weiteren Schritt zu gehen.

Nicht wenige sagen – und auch wir am CAP tun das – dass der Vertrag von Lissabon vieles von dem übernommen hat, was bereits im Verfassungsvertrag stand. Ja gewiss, das ist so. Aber doch ist es vom Anspruch her etwas Anderes, ob ich eine Verfassung verabschiede, diese auch so nenne und entsprechende, staatsähnliche Symbole beschließe, oder aber ob ich einen Vertrag verabschiede, der in der Tradition bestehender Vertragsänderungen wie Maastricht, Amsterdam oder Nizza steht. Lissabon ist also kein Betrug am Wähler, wie manche behaupten, weil der neue Vertrag und die gescheiterte Verfassung „praktisch dasselbe“ seien.

Zum Vertrag von Lissabon

Was nun mit dem Vertrag von Lissabon erreicht wurde, ist mehr als viele erwartet haben. Europa schaffte es noch einmal, nicht in den Abgrund des Scheiterns zu stürzen, in den es während des Juni-Gipfels 2007 noch mehrfach blicken musste. Entscheidend ist: Mit Lissabon werden im Vergleich zum derzeit noch geltenden Vertrag von Nizza *demokratische Legitimation* und *Handlungsfähigkeit* der EU erheblich gestärkt sowie weltpolitisches Handeln ermöglicht. *Und das, meine Damen und Herren, sind für mich auch die entscheidenden Kernvorteile des neuen Vertrags.*

Zu den zentralen Reformen gehört die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens. Das Europäische Parlament wird in Zukunft in sehr viel mehr Bereichen als bislang

gleichberechtigt mit dem Rat der EU entscheiden. Damit wird das einzige Organ der EU gestärkt, das direkt gewählt und damit auch direkt legitimiert ist.

Ebenfalls zentral ist die Reform der Zusammensetzung der Kommission. Die Kommission wird kleiner und damit effizienter. Der Kommissionspräsident wird gestärkt und kann mehr politische Führung ausüben, übrigens auch deshalb, weil er in Zukunft im Lichte der Wahlergebnisse zum EP nominiert werden wird.

Auch dass es in Zukunft einen gewählten Präsidenten des Europäischen Rates geben wird, ist als Vorteil zu sehen. Zu hoffen ist, dass damit die EU noch stärker als bislang ein Gesicht erhalten wird und dass Politik im Europäischen Rat nachhaltiger verfolgt werden kann.

Die Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik durch einen Repräsentanten, der alle Kompetenzen in diesem Bereich vereint, ist wichtig, um eine klare und kohärente Politik nach außen – zum Beispiel gegenüber dritten Staaten – zu vertreten.

Die Einführung eines europäischen Bürgerbegehrens schließlich erlaubt es den Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar Einfluss auf die Kommission zu nehmen; auch wenn – wie man offen sagen muss – es vermutlich lange dauern wird, bis europaweit ein solches Bürgerbegehren zustande kommen wird.

Insbesondere die Abkehr von der „dreifachen Mehrheit“ im Ministerrat und damit die Einführung der „doppelten Mehrheit“, also eine Mehrheit der Staaten, die eine Mehrheit der Bevölkerung der EU repräsentieren muss, ist ein entscheidender Schritt in der Geschichte der Union. Die undurchschaubare Machtverteilung des Nizza-Vertrags sollte damit aufgehoben sein. Derzeit haben die großen Staaten 29 Stimmen, die kleinsten Staaten drei. Die kleineren Staaten verfügen über ein weit überproportionales Gewicht, nimmt man das demokratische Prinzip der Bevölkerungszahl. Dieses machtpolitische Ungleichgewicht ist auf Dauer nicht mehr hinnehmbar. Die Einführung der doppelten Mehrheit ist daher eine der Schlüsselqualifikationen auf dem Weg zu mehr Handlungsfähigkeit und Demokratie.

Lissabon: Kompromisse und nicht Erreichtes

Doch wie bei früheren Vertragsrevisionen ist auch diesmal ein Kompromiss entstanden, der den Verfassungsfreunden einige Opfer abverlangte. So wird sich die endgültige Einführung der doppelten Mehrheit bis ins Jahr 2017 verzögern. Bis dahin gelten die Bestimmungen des Vertrags von Nizza, womit zumindest potenziell erhebliche Effizienz- und Reibungsverluste drohen.

Ein weiterer schmerzhafter Kompromiss, der auf das Drängen Großbritanniens zurückzuführen ist, ist die eingeschränkte Geltung der Charta der Grundrechte. Wohl erhält sie durch den geplanten Reformvertrag Rechtsgültigkeit und findet Anwendung in den Mitgliedstaaten der Union, der damalige Premierminister Tony Blair setzte aber durch, dass dieses Grundwerk des europäischen Gedankens der Aufklärung ausgerechnet in einer so traditionsreichen Demokratie wie der des Vereinigten Königreichs nicht gilt. Das mag man vor dem Hintergrund der ganz besonderen verfassungsrechtlichen und –politischen Traditionen Großbritanniens nachvollziehen können, es ist aber ein schlechtes Zeichen für Europa.

Das *größte* Manko des europäischen Integrationsprozesses jedoch, dessentwegen der Verfassungsprozess erst in Gang gesetzt worden war und das so schmerzlich wahrgenommen

wird, bleibt bestehen. Es fehlen weiterhin Identitätselemente, die es den Menschen erleichtern, dem europäischen Integrationsprojekt eine Vertrautheit entgegenzubringen, die Europa so dringend benötigt und verdient.

Es ist eben *keine* Verfassung, die aufs Gleis gesetzt wurde, es wird *keine* rechtliche Verankerung für die Symbole des Europäischen geben, Gesetze werden weiterhin *nicht* Gesetze genannt werden dürfen. Und: Die Traditionslinie kompliziertester Verfassungsentwicklung der vergangenen Jahrzehnte hat sich fortgesetzt. Es gibt keinen schlanken, leicht verständlichen und kurzen Text, der alles enthält und alles erklärt. Auch weiterhin wird der Bürger eher ratlos einem Konvolut unterschiedlicher Vertragsteile gegenüberstehen, die allenfalls von Spezialisten verstanden werden können.

Es fehlt die gebotene Überblickstransparenz, ohne die eine innere Verbindung zwischen Europäischer Union und Bürgern nicht entstehen kann. Aber nur mit Vertrauen und Transparenz können die Menschen Europas für dieses für Frieden und Wohlstand so wichtige und zentrale Erfolgsprojekt der letzten Jahrzehnte gewonnen werden.

Unter dem Strich lässt sich jedoch feststellen, dass der Vertrag von Lissabon eine befriedigende Lösung für den Streit um die Verbesserung der Entscheidungsprozesse gefunden hat. Was aber weiterhin fehlt, ist eine Neubegründung des europäischen Gedankens, der Konsens schafft und den Weg frei macht für eine Zukunft, in der sich die Europäische Union mit solidem Selbstbewusstsein ihren Herausforderungen in einer globalisierten Welt stellen kann.

Zweiter Teil: Was kommt auf uns zu und wie gehen wir damit um?

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zu der zweiten Frage, die ich anfangs benannt habe und zu der ich Antworten suchen will: Was kommt auf uns zu, was sind die Herausforderungen, den wir uns zu stellen haben und wie gehen wir mit ihnen um?

Mit dem Vertrag von Lissabon ist die Union an einen vorläufigen Endpunkt ihrer institutionellen Ausgestaltung gelangt. Die vergangenen zwanzig Jahre brachten der EU eine ungeheuer starke und weitgehende Weiterentwicklung ihrer Institutionen, Politikfelder und Entscheidungswege. Der Weg dahin war von erheblichen Rückschlägen gekennzeichnet, tiefe Krisen mussten überwunden werden. Aber es hat sich gelohnt.

Wir haben jetzt ein tragfähiges politisches Gerüst für die Europäische Union. Es gibt ein klares Set an Kompetenzen, die auch klar zu denen der Mitgliedstaaten abgegrenzt sind. Die Institutionen wurden so reformiert, dass mögliche neue Mitglieder aufgenommen werden können. Die Voraussetzungen für effizientes und effektives Handeln der Union – intern wie extern – sind geschaffen.

Nun wird es darauf ankommen, *interne und externe Herausforderungen geschickt aufzugreifen und mutig neue Lösungen zu suchen*. Was nicht länger dominieren darf, sind Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten oder gar Entscheidungsblockaden. Wir können es uns schlicht nicht leisten, den europäischen Politikbetrieb wegen zu großer Beschäftigung mit uns selber lahm zu legen. Wir brauchen Europa, um Zukunft schaffen zu können.

Interne Herausforderungen

Lassen Sie mich nun zunächst etwas zu den internen Herausforderungen sagen, bevor ich zu denen komme, die von außen an uns herangetragen werden.

Transparenz und Legitimation europäischer Entscheidungen

2009 ist geprägt von einer entscheidenden Wegmarke europäischer Politik. 2009 wird das neue Europaparlament gewählt. Bislang war es so, dass von Mal zu Mal weniger Bürgerinnen und Bürger an die Urne gegangen sind. 2004 bei der letzten Europawahl waren es im Durchschnitt nur noch etwa 45 Prozent. Das ist nicht hinnehmbar.

Die politischen Parteien tragen an diesem traurigen Befund nicht wenig Schuld. Europawahlkämpfe werden all zu gerne mit Innenpolitik bestritten. Die Wahlen werden dann mehr und mehr zu Protestwahlen, bei denen es eher darum geht, der *nationalen* Regierung für deren *nationale* Politik einen Denktzettel zu verpassen. Die Zusammensetzung des EP aus den verschiedenen Parteien verdankt sich daher zu oft nicht in erster Linie europapolitischer Überzeugungen der Wähler, sondern anderer Überlegungen.

Doch wenn es dann mal um *Europäisches* geht, dann wird zu oft „Angstwahlkampf“ betrieben. Dann geht es um die Furcht vor dem Beitritt der Türkei, die Folgen der Erweiterung oder die angeblich marktradikale Binnenmarktpolitik.

Warum – frage ich Sie – können wir im Wahlkampf zum Europäischen Parlament nicht darüber sprechen, welche Vorstellung wir von der Zukunft Europas haben? Oder darüber, ob wir eine gemeinsame europäische Armee brauchen? Ob es sinnvoll ist, eine europäische Steuerpolitik zu betreiben, die diesen Namen verdient? Oder über die Zukunft unserer Landwirte und unserer Agrarmärkte, die so in Turbulenzen geraten sind?

Politische Parteien als die Scharniere zwischen Politik und Gesellschaft haben eine eminent wichtige Aufgabe, der sie meines Erachtens nicht ausreichend nachkommen. Wer wenn nicht die Parteien soll europäischen Themen zu der Beachtung verhelfen, die sie verdienen? Solange Parteien Europa nicht zum Thema machen, werden die Medien das auch nicht tun. Und wenn die Massenmedien europäische Themen nicht beachten, dann tun es die Bürgerinnen und Bürger normalerweise auch nicht.

Sie sehen, meine Damen und Herren, Europa zum Thema der Politik zu machen – und zwar nicht die Strukturen, wie das in den letzten Jahren geschah, sondern die ganz konkrete inhaltliche Politik – das ist die Aufgabe, vor der die Parteien und die Medien stehen. Solange das nicht geschieht, wird es keine europäische Öffentlichkeit geben, keine Transparenz und auch keine Legitimation europäischer Politik. Dann stagniert das, was uns doch so lieb und teuer sein müsste. Es ist *DIE* zentrale Herausforderung, vor der wir stehen.

Differenzierte Integration

Kommen wir zu einer weiteren internen Herausforderung. Der europäische Einigungsprozess hat Europa Frieden und Wohlstand gebracht. Mit gemeinsamen Zielen und Werten wurde eine Gemeinschaft von sechs Staaten zur heutigen Europäischen Union mit 27 Mitgliedstaaten. Das ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte, die es wert ist, fortgeschrieben zu werden.

Die immer größer gewordene Union wirkte und wirkt dabei weit über ihre Grenzen hinaus. Mehrere, erfolgreiche Erweiterungsrunden haben die Heterogenität innerhalb der EU erhöht.

Ökonomische, soziale und politische Unterschiede aber bleiben zwischen den Mitgliedstaaten trotz steigender Kohärenz bestehen.

Es ist eben nicht nur so dahin gesagt oder einfach ein schönes Bild, wenn man vom Europa spricht, das nun vom Nordkap bis Gibraltar oder Malta reicht oder von einem Europa, das sich von Bordeaux bis Bialystok bzw. ans Schwarze Meer ausdehnt. Die ökonomischen Unterschiede sind gewaltig zwischen Clusj und Cork, zwischen Athen und Aarhus oder zwischen Nürnberg und Nikosia.

Wir erleben die alten Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die in ihren Beziehungen geprägt sind von weit in die Vergangenheit zurückreichenden und gemeinsam geteilten Erfahrungen. Die Überwindung der Schrecknisse des Zweiten Weltkriegs ließen sie zu einer Gemeinschaft werden. Sie haben die Erfahrung gemacht, dass die zunehmend tiefer gehende europäische Integration Wohlstand gebracht hat. Der Verzicht auf nationale Souveränität war dabei akzeptabel.

Wir erleben die Staaten, die früher hinter dem Eisernen Vorhang lagen und nie die Freiheit hatten, die wir im Westen Europas auf der glücklichen Seite des Zauns genießen durften. Europa ist für sie vor allem das Europa der wirtschaftlichen Möglichkeiten und der Freiheit. Staaten wie Polen oder Litauen, Lettland und Estland können zum ersten Mal seit langem wieder ihre Eigenständigkeit leben und ausleben. Ihre Souveränität aufzugeben, ist für viele ein zu hoher Preis. Für sie gelten nicht die alten, westeuropäischen Selbstverständlichkeiten.

Wenn also die Zahl der Mitgliedstaaten von sechs auf 27 gestiegen ist und wenn die Erfahrungen und Interessen recht weit auseinander liegen, dann wird es auch immer schwieriger sein, gemeinsam, sozusagen im Gleichschritt, vorwärts zu kommen. Doch das sollte uns nicht entmutigen! Sicher, eine Vertiefung der Integration im Gleichschritt wird immer schwieriger zu bewerkstelligen sein. Entscheidend ist es aber, diese Tatsache nicht allein als Problem, sondern auch als *strategische Chance für die Zukunft Europas* zu sehen.

Bereits in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts, als mit der Wirtschafts- und Währungsunion und dem bevorstehenden Beitritt neuer Mitgliedstaaten aus Mittelost-Europa Strategien zur Vertiefung und Erweiterung parallel verfolgt wurden, besannen sich Europas Staatslenker einer Idee, die Willy Brandt und Leo Tindemans bereits zwanzig Jahre zuvor geprägt hatten: die differenzierte Integration.

In den verschiedensten Politikbereichen sind seitdem Integrationsschritte erfolgt, an denen sich nicht alle EU-Mitgliedstaaten beteiligen. Der Eurozone zum Beispiel gehören seit dem Beitritt Zyperns 15 Staaten an und der Schengen-Raum umfasst 24 Mitglieder, zu denen mit Island und Norwegen auch zwei Staaten zählen, die nicht Mitglied der EU sind. Diese und weitere Projekte zeigen, dass die differenzierte Integration schon seit vielen Jahren ein fester Bestandteil des Integrationsprozesses ist. Gerade die *erfolgreichsten Projekte*, die für jeden europäischen Bürger unmittelbar erfahrbar sind, wurden nicht von allen Mitgliedern zusammen beschlossen, sondern von einer Gruppe besonders ambitionierter Staaten zum Leben erweckt.

Primärrechtlich wurde die differenzierte Integration erstmalig im Vertrag von Amsterdam verankert. Die Regeln dafür waren kompliziert und in der Realität nicht anwendbar. Das hat man erkannt und die Regeln und Anwendungsbereiche von Nizza über den gescheiterten Verfassungsvertrag bis zum Vertrag von Lissabon verändert. Damit wurde es eher ermöglicht, Schritte der differenzierten Integration zu gehen. Man hat diese Möglichkeit im neuen Vertrag

mit der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ sogar auf die Verteidigungspolitik ausgeweitet. Bei aller Komplexität auch der jetzigen Regelungen, war es doch nie einfacher als jetzt, differenzierte Integration anzuwenden!

Warum aber brauchen wir überhaupt so etwas wie differenzierte Integration? Ich denke ganz einfach, sie kann als Laboratorium für das Innovationspotenzial der EU dienen. Die Heterogenität und die schiere Zahl unterschiedlicher Interessen laden geradezu dazu ein, Projekte voranzutreiben, die von einer Gruppe von Staaten für wichtig erachtet werden, die aber keine Realisierungschance im Geleitzug der ganzen Union haben. Der Euro und Schengen, ich habe sie schon genannt, sind solche Projekte, die seit ihrem Bestehen immer attraktiver wurden und mehr Mitgliedstaaten überzeugt haben. Warum sollten wir diese positive Erfahrung nicht weiter nutzen?

Freilich gilt es, vorsichtig zu sein. Um ‚Wildwuchs‘ zu vermeiden muss differenzierte Integration als strategisches Instrument an verschiedene Voraussetzungen geknüpft werden. Sie darf erstens den allgemeinen Zielen der Union nicht zuwiderlaufen. Zweitens muss jede Form der Differenzierung grundsätzlich allen Mitgliedstaaten offen stehen. Drittens birgt die differenzierte Integration trotz aller positiven Erfahrungen das Risiko, zentrifugale Kräfte freizusetzen. Als Drohkulisse für integrationsunwillige Mitgliedstaaten oder als Instrument machttaktischer Überlegungen ist sie daher nicht geeignet.

Vor allem aber ist politische Führung zwingend erforderlich, um bestehende und zukünftige Differenzierungsprojekte in einen gesamteuropäischen Kontext einzubinden. Nicht nur die Mitgliedstaaten, sondern auch die neue Troika aus Präsident des Rates, Kommissionspräsident und dem Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik müssen hierbei eine entscheidende Rolle spielen. Differenzierte Integration sollte in Zukunft vorzugsweise im Rahmen der Unionsverträge ablaufen. Es wird aber damit zu rechnen sein, dass auch weiterhin zunächst eine intergouvernementale Zusammenarbeit, also eine Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten außerhalb des EU-Rahmens, erfolgt, bevor es zu einer Inkorporierung in das System der EU kommt. Ein gutes Beispiel – gerade hier in Oerlenbach bei der Bundespolizei – ist der Prümer Vertrag, der den grenzüberschreitenden Informationsaustausch bei Strafsachen regelt. Er ist eine rein zwischenstaatliche Angelegenheit, aber man muss kein Prophet sein um vorauszusagen, dass er Bestandteil des EU-Systems werden wird.

Wenn die EU ihren Zusammenhalt nicht verlieren will, ist es wichtig, dass bei der differenzierten Integration keine zwei Klassen von Staaten entstehen: den einen, die immer vorangehen und den anderen, die immer zurück oder gar ganz außen vor bleiben müssen. Würde es zu einer solchen Entwicklung kommen, wäre das ganze Integrationsprojekt gefährdet, denn wer will schon stets zur Nachhut gehören? Differenzierte Integration wie ich sie verstehe bedeutet also gerade **nicht**, eine Zweiklassengesellschaft der europäischen Staaten einzuführen, bei der immer nur die eine Gruppe voranschreitet, während die anderen außen vor bleiben.

Ein zukunftsfähiges Modell der Differenzierung muss sich vielmehr an der Vorstellung eines offenen Gravitationsraumes orientieren. Sowohl ein fester und geschlossener Kern von Mitgliedstaaten, der stets gemeinsam voranschreitet, als auch die Beliebigkeit unbegrenzter Wahlmöglichkeiten würden zwangsläufig eine Spaltung der Union herbeiführen. Stattdessen sollten dort, wo eine Vertiefung gegenwärtig nicht mit allen Mitgliedstaaten erfolgen kann, gezielt sachorientierte Kooperationsformen entstehen.

Ist ein solches Projekt dann erst einmal erfolgreich umgesetzt, wird dieses die notwendige Anziehungskraft für den Beitritt weiterer Staaten entwickeln. Differenzierung in diesem Sinne ist also vor allem zeitlich beschränkt zu sehen. Das heißt keine dauerhafte Trennung konkurrierender Integrationsräume, sondern verschiedene Differenzierungsinitiativen, die sich nach und nach auf die ganze Europäische Union überführen lassen.

Differenzierte Integration ist keine Gefahr, sondern eine Chance. In den Köpfen muss sich diese Sicht erst noch durchsetzen. Vielleicht entstehen mit der differenzierten Integration manchmal Gefahren und Probleme. Wenn aber weiterhin alle in gleicher Geschwindigkeit voranschreiten müssen, wird das irgendwann Stillstand bedeuten. Das wäre für das große europäische Projekt eine wahrlich tödliche Gefahr.

Zur zukünftigen Erweiterung der EU

Kommen wir nun zu einer Herausforderung, die sowohl intern als auch extern an uns herangetragen wird: die Frage der Erweiterung der Europäischen Union. Der Erweiterungsprozess der EU ist sicher noch nicht abgeschlossen. Die Türkei und Kroatien sowie Mazedonien besitzen Kandidatenstatus. Auch wenn die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sehr schleppend verlaufen und momentan nicht gesagt werden kann, ob sie jemals Mitglied der EU wird, ist dieser Fall sicher der derzeit politisch brisanteste.

Doch es geht nicht nur um diese drei Staaten. Es geht auch um die anderen Nachfolgestaaten Jugoslawiens, denen wir schon deshalb eine Perspektive bieten müssen, um den Frieden dort zu sichern. Auch wenn das manche manchmal zu vergessen scheinen: Südosteuropa gehört zu Europa! Es liegt in unserem eigenen Interesse, diesen Staaten zu helfen, eine friedliche Zukunft aufzubauen. Was wäre denn sonst die Alternative?

Im Osten Europas stehen wir vor der Frage, wie die politische Zukunft der Ukraine und Weißrusslands aussehen wird. Derzeit ist von einem Beitritt natürlich nicht die Rede, doch müssen wir uns die Frage stellen, ob es sinnvoll und im Sinne unserer Interessen und unserer Verantwortung für Europa ist, diese beiden Staaten dauerhaft außerhalb des EU-Rahmens zu belassen. Sofern dort mittel- und langfristig eine friedliche, demokratische Entwicklung vonstatten geht, wird man sich mit der Frage einer weiteren Annäherung auseinandersetzen müssen, die auch die Möglichkeit eines Beitritts zur Union beinhaltet.

Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy hat für die Idee einer Mittelmeerunion geworben, die er nun während der französischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 auch vorantreiben will. Noch kann nicht im Einzelnen gesagt werden, was diese Union sein bzw. werden soll, doch eines ist unbestritten: Die Politik der Mittelmeerstaaten in Nordafrika muss uns aus verschiedenen Gründen interessieren. Da geht es um illegale Migration, die Sicherung von Rohstoffen, die Förderung demokratischer Strukturen und damit um eine Zukunft, die nicht nur in diesen Staaten friedlich verläuft, sondern die auch für die EU-Staaten von Vorteil ist.

Sie sehen, meine Damen und Herren, viele Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft zu uns möchten gerne eine europäische Zukunft haben oder wir als Europäische Union haben ein unmittelbares Interesse daran, entsprechend zu kooperieren. Nur: ***Das Ganze braucht eine klare Strategie***. Derzeit hat Europa kein klares Bild von sich selbst und davon, wohin die Reise führen soll. Die einzelnen Mitgliedstaaten zieht es in die eine oder in die andere Richtung. Das führt schnell zu der Gefahr, dass Politikergebnisse eher zufällig aufgrund spontaner Koalitionen entstehen oder weil die Dynamik der Entwicklungen Europa überrollt

und gar keine Alternativen zulässt. Natürlich wird das nur schwer zu erreichen sein, aber was die Union braucht, ist eine klare Erweiterungsstrategie, die von allen Mitgliedstaaten gleichermaßen geteilt wird.

Sonderfall Türkei

Dass dem nicht so ist, zeigt das Beispiel der Türkei, auf das ich gerne etwas näher eingehen möchte:

Die Türkei gilt als Sonderfall der EU-Erweiterungspolitik. Kein anderer Beitrittskandidat war beziehungsweise ist ähnlich lang mit der Europäischen Union assoziiert (seit 1963), kein anderer Beitrittskandidat war beziehungsweise ist ähnlich bevölkerungsreich (73,4 Millionen Einwohner), kein anderes EU-Mitglied liegt mehrheitlich auf asiatischem Territorium.

Gleichzeitig grenzt kein anderes Mitgliedsland an derartig sensible Regionen wie die Türkei: sie besitzt Landgrenzen zu Griechenland, Bulgarien, Georgien, Armenien, Aserbeidschan, Iran, Irak und Syrien und eine Seegrenze zu Zypern. Damit ist sie unmittelbar von den Konflikten im Nahen Osten betroffen. Vor allem war beziehungsweise ist mit keinem anderen Beitrittskandidaten die Frage nach der Rolle des Islam in der Europäischen Union gestellt.

Die Befürworter eines EU-Beitritts der Türkei führen sowohl politische, wirtschaftliche als auch kulturelle Gründe an, um von der Notwendigkeit einer türkischen EU-Mitgliedschaft zu überzeugen. Politisch wird argumentiert, gerade aufgrund ihrer Brückenlage und Mittlerrolle, die die Türkei in ihrer direkten Nachbarschaft einnehmen kann, könnten politische Vorteile genutzt werden.

In wirtschaftlicher Hinsicht sagt man, die Türkei könne positiv zum europäischen Binnenmarkt beitragen, ihr schnelles Wachstum könne die Ökonomie der EU dynamisieren. Und aus kultureller Perspektive schließlich wird angeführt, dass die Türkei durch die Verknüpfung ihres säkularen Verfassungsprinzips mit ihrer muslimischen Prägung vielen anderen arabischen Ländern als Vorbild dienen und damit Reformen anstoßen könne. Zudem könne gerade eine EU-Mitgliedschaft der Türkei die von der Union propagierten Werte wie Toleranz, Vielfalt und kultureller Austausch in besonderer Weise verdeutlichen.

Von Seiten der Beitrittsgegner werden ebenfalls zahlreiche Gründe angeführt, mit denen die Unmöglichkeit einer türkischen Vollmitgliedschaft verdeutlicht werden soll. Aus politischer Sicht wird argumentiert, dass die Türkei im Falle eines Beitritts das bevölkerungsreichste Mitgliedsland der EU wäre. Aufgrund des Gewichts der Bevölkerungszahl bei den Entscheidungsprozessen im Ministerrat sowie im Europäischen Parlament wird eine deutliche Machtverschiebung zugunsten der Türkei befürchtet. Zudem wird kritisiert, dass die Türkei die von der EU propagierten Werte nur unzureichend respektiere.

Aus wirtschaftlicher Perspektive wird vor allem darauf verwiesen, dass ein Beitritt aufgrund der nach wie vor niedrigen Beschäftigungsquote, der großen Bedeutung der türkischen Landwirtschaft und der damit verbundenen Auswirkungen auf das Agrarbudget der EU und einer hohen Inflationsrate kaum verkraftbar wäre. Schließlich verweisen die Kritiker darauf, dass die Türkei aufgrund ihrer mehrheitlich muslimisch geprägten Kultur nicht mit der christlich-abendländischen Tradition Europas vereinbar sei.

Bei aller Abwägung der Argumente für und gegen einen Beitritt der Türkei muss man doch auch eines festhalten: Mit dem Beginn des Beitrittsprozesses hat die Europäische Union

beschlossen, die Türkei ebenso wie alle anderen Beitrittskandidaten an den Kopenhagener Kriterien zu messen. Damit ist festgelegt, dass geografische, kulturelle sowie historische Gründe nicht als Maßstab angelegt werden sollen – entscheidend ist laut geltendem Vertragsrecht die Einhaltung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft.

Während die Europäische Kommission in Gestalt ihres Erweiterungskommissars Olli Rehn den Beitrittsprozess fördert und insgesamt eher als Fürsprecherin der Türkei zu sehen ist, sind einige Mitgliedstaaten weiterhin eher reserviert in ihrer Haltung gegenüber der Türkei. Nicht nur die Bevorzugung eines Konzepts einer „privilegierten Partnerschaft“ ist in diesem Zusammenhang zu nennen, sondern auch das Verhalten des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy hat schon gezeigt, dass Frankreich einen Beitritt der Türkei nicht favorisiert.

Beitrittsverhandlungen sind aber nur dann sinnvoll, wenn die Türkei glaubhaft damit rechnen kann, dass die Kosten der Verhandlungen und mögliche Zugeständnisse in einem vorteilhaften Verhältnis zum Realisierungserfolg stehen. Sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten den Verhandlungsprozess offen halten wollen, müssen sie der Türkei ein verlässlicher Verhandlungspartner sein, deren Wort zählt. Dann kann auch verlangt werden, dass die Türkei substanzielle Fortschritte in wichtigen Fragen erzielt. Das gegenseitige Geben und Nehmen muss auf eine vertrauenswürdige Grundlage gestellt werden.

Die Union hat jetzt – nach dem Ende des quälend lange andauernden Prozesses einer institutionellen Neuordnung – die Möglichkeit, sich dieser Schlüsselentscheidung für die zukünftige Ausrichtung der Europäischen Union zu widmen. Sie sollte diese Gelegenheit nutzen und auf die Türkei zugehen, im Innern zu einer Verständigung über Interessen der Mitgliedstaaten kommen und damit ein verlässlicher Verhandlungspartner werden. Dies kann und soll sie dann mit gutem Recht auch von der Türkei fordern.

Externe Herausforderungen

Meine Damen und Herren, nicht nur die Frage, wie wir Europa seinen Bürgern näher bringen und dadurch mehr Legitimation für die EU schaffen, ist eine zentrale Herausforderung. Auch die differenzierte Integration und die Frage der Erweiterung der EU sind mindestens ebenso bedeutsam. Ich komme damit zur letzten Herausforderung, die ich Ihnen erläutern möchte, nämlich eine externe. Kurz gesagt geht es darum, wie sich die Europäische Union im globalen System in Zukunft positionieren soll.

Auch hier gilt: Die Union kann es sich nicht leisten, sich zu sehr mit sich selbst zu beschäftigen. Dies würde angesichts der weltpolitischen Herausforderungen große Risiken bergen: Das Tempo globaler Entwicklungen beschleunigt sich, besonders auf dem Gebiet der Wirtschaft, aber auch in der internationalen Außen- und Sicherheitspolitik. Die EU droht in zentralen Politikfeldern ihren Integrationsvorsprung einzubüßen und im Vergleich zu den anderen großen regionalen Blöcken und Mächten ins Hintertreffen zu geraten.

Konkret bedeutet das, und ich greife hier einfach ein paar Beispiele heraus: Der Wettlauf um die Sicherung von Rohstoffen ist im vollen Gange, Staaten mit entsprechenden Vorkommen sind begehrte Partner nicht nur der Europäer, sondern auch der Amerikaner, Chinesen oder Inder.

Der technologische Vorsprung, den die Europäer gegenüber aufstrebenden Staaten wie China oder Indien haben, wird zusehends kleiner. Wir müssen uns darauf einstellen, dass in nicht all zu ferner Zukunft China Produkte herstellt, die technologisch den europäischen in nichts

zurückstehen. Das kann nur heißen, wir müssen mehr – und ich meine wirklich mehr – in Forschung und Bildung investieren. Europa tut hier viel zu wenig.

Auch Europa wird vom Klimawandel betroffen sein, und es liegt in unserem ureigensten Interesse, gegen die globale Erwärmung zu kämpfen. Einzelne EU-Staaten können hier aufgrund ihrer geringen Größe praktisch nichts ausrichten, nur gemeinsam werden sie es schaffen, entsprechende Regelungen im globalen Maßstab durchzusetzen und China und die USA von der Notwendigkeit dieser Schritte zu überzeugen.

Geopolitisch gesehen liegt Europa in sensibler und unruhiger Nachbarschaft, deren Politik und Entwicklung zugleich besondere Interessen der anderen heutigen und potenziellen Weltmächte berührt. Denken Sie an die bereits angesprochenen Staaten wie die Ukraine, denken Sie an den Balkan und an den Kaukasus, an den Nahen und Mittleren Osten.

Schon aufgrund ihrer schieren Größe und wirtschaftlichen Stärke ist die Europäische Union ein Faktor in der Weltpolitik. Die EU ist aus Eigeninteresse zur Weltpolitik verpflichtet. Sie muss sich dies immer wieder klar vor Augen führen und dann auch entsprechend handeln. Die Voraussetzungen dafür sind mit dem Vertrag von Lissabon geschaffen worden, nun geht es darum, die zur Verfügung stehenden Strukturen mit Leben zu füllen und zum Wohl des ganzen Europas zu nutzen.

Auch der Sektor Sicherheit fordert die besondere Leistungsfähigkeit der EU. Die Weltpolitik erlebt eine Epoche der Unordnung, der Risiken, Krisen und Gefahren, nicht zuletzt in näherer Nachbarschaft. Auf globaler Ebene bestimmen Konfliktformationen die Lage, die von der Professionalisierung des internationalen Terrors und asymmetrischer Kriegsführung über die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bis hin zu regionalen Krisen und den Konsequenzen von Staatsversagen reichen.

Die Europäische Union wird immer mehr mit der Forderung konfrontiert, sich hier mehr zu engagieren, auch militärisch. Eine solche Forderung ist natürlich ein sehr sensibler Punkt, und ich will hier klarstellen, dass ich keinem europäischen Militarismus im Gewand der Europäischen Union das Wort rede. Mir geht es aber um Verpflichtungen, wie sie europäische Staaten bereits jetzt, aber eben auch oft mehr schlecht als recht, erfüllen. Und mir geht es darum, klar zu machen, dass die EU ihren Teil einer weltpolitischen Verantwortung wahrnehmen muss, dem sie sich bislang zuweilen entziehen konnte. Wir müssen geeignete Formen des Handelns finden, um mit weltpolitischen Gefahren umzugehen. Dazu müssen entsprechende Strukturen aufgebaut werden. Vielleicht gehört dazu auch eine europäische Armee. Sollte so etwas Realität werden sollen, muss aber vor allem die Bevölkerung Europas überzeugt werden, dass dies der richtige Weg ist. Hier liegt noch harte Arbeit vor uns.

Dritter Teil: Schluss

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe versucht, darzulegen in welchem Zustand sich die EU nach dem Vertrag von Lissabon befindet und welchen internen und externen Herausforderungen sie sich zu stellen hat. So etwas kann – das liegt in der Natur eines solchen Vortrags – nur skizzenhaft geschehen. Ich hoffe aber, ich konnte Ihnen ein Bild vermitteln, das zur Diskussion und zum Nachdenken einlädt.

Es ist für mich ein alles in allem positives Bild, das sich mit Europa verbindet. Europa hat unendlich viele Chancen und Potenziale. Als ich während des Studiums einen längeren Aufenthalt an der Katholischen Universität Leuven in Belgien als Erasmus-Stipendiat absolvierte, lernte ich viele junge Menschen aus ganz Europa kennen. Das Wunderbare an

dieser Erfahrung war, dass ich merkte, wie ähnlich wir uns doch alle waren, die aus Schweden und Italien, Frankreich und der Schweiz, Griechenland und Deutschland kamen. Wir hatten ähnliche Gefühle und Pläne, Überzeugungen und Traditionen. Und gleichzeitig waren wir so unterschiedlich. Wir hatten unterschiedliche Kulturen und diskutierten uns die Köpfe heiß, weil unsere Völker andere historische Erfahrungen gemacht haben. Nie habe ich mich deutscher gefühlt als in dieser Zeit. Aber uns allen war doch immer klar, dass es bei aller Diskussion und bei allen Unterschieden doch den Willen gibt, gemeinsam an diesem Projekt Europa weiterzuarbeiten und alles dafür zu tun, dass dieser Kontinent in eine gute Zukunft gehen kann.

Politik ist nun leider nicht ein Austausch junger Studierender aus vielen europäischen Staaten, sondern eher – wie man so sagt – die Kunst des Machbaren. Der Vertrag von Lissabon eröffnet Möglichkeiten, um Machbares Realität werden zu lassen. Diese Möglichkeiten müssen wir nutzen, um unsere Zukunft zu sichern. Insofern geht es um die Wiederentdeckung der Strategie- und Gestaltungsfähigkeit Europas.

Erst wenn die Europäische Union zeigt, dass sie ihre bestehenden Möglichkeiten nutzt und gute Politik macht, werden auch die Bürgerinnen und Bürger mehr Vertrauen entwickeln und sich wieder stärker für die europäische Sache engagieren. Dann – aber erst dann – kann auch wieder über neue Integrationsschritte nachgedacht werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!